

Trump plant Einreiseverbot für ausländische Harvard-Studierende!

Donald Trump kündigt Einreisebeschränkungen für ausländische Studierende an Harvard an, im Kontext pro-palästinensischer Proteste.



Cambridge, USA - US-Präsident Donald Trump hat Pläne angekündigt, die Einreise ausländischer Staatsangehöriger zu blockieren, die an der renommierten Harvard-Universität studieren wollen. Diese Einreisebeschränkung soll zunächst für sechs Monate gelten und erfolgt im Kontext von Spannungen zwischen der Trump-Regierung und der Hochschule, die sich geweigert hat, wichtige Forderungen der Regierung zu erfüllen. Mehrere Berichte, darunter **lvz.de**, belegen, dass die Regierung Harvard bereits Zuschüsse in Milliardenhöhe gestrichen hat, wodurch der Konflikt weiter angeheizt wird.

Die Trump-Regierung wirft Harvard vor, nicht entschieden genug gegen die pro-palästinensischen Proteste vorzugehen, die seit

dem Beginn des Gaza-Kriegs am 7. Oktober 2023 auf dem Campus stattgefunden haben. Diese Proteste und die damit verbundenen Spannungen führten dazu, dass Trump die Hochschule als „antisemitisch“ und „linksextrem“ bezeichnet. Laut **20min.ch** plant die Regierung, die Einreise von Studierenden zu beschränken, die hauptsächlich zum Studium nach Harvard kommen.

Konsequenzen für internationale Studierende

Infolge dieser Entwicklungen sehen sich viele internationale Studierende, die an US-Hochschulen, insbesondere an Harvard, studieren wollen, mit Unsicherheiten konfrontiert. Hochschulen wie Harvard und Yale haben bereits mit Verzögerungen bei der Amtseinführung von Trump gerechnet und warnen internationale Studierende vor den potenziellen Schwierigkeiten, die auf sie zukommen könnten. **fr.de** berichtet, dass mehr als ein Dutzend US-Hochschulen internationale Studierende vor möglichen Einreisesperren warnen, die auf Kritiker der US-Politik, insbesondere im Hinblick auf den Gaza-Konflikt, abzielen könnten.

Ein weiterer Aspekt, der besorgniserregend ist, sind die möglichen Ausweisungen internationaler Studierender aufgrund ihrer Äußerungen oder Aktivitäten, die als „anti-amerikanisch“ oder „antisemitisch“ angesehen werden könnten. Rund 43.800 Studierende in den USA stammen aus Ländern, die zuvor von Trumps erster Einreisesperre betroffen waren, was die Sorgen über die aktuelle Situation weiter verstärkt. Auch das Thema der Gesinnungsprüfungen wird von Studierenden als ein potenzielles Hindernis wahrgenommen, wenn sie ihre Visa beantragen.

Politische Spannungen und Änderungen im Bildungssystem

Die Spannungen zwischen der Trump-Regierung und

Hochschulen sind nicht neu. Bereits während seiner ersten Amtszeit machte Trump Schlagzeilen mit Drohungen gegen Universitäten, die er als zu liberal wahrnahm. Themen wie die Kürzung von Fördergeldern und der Umgang mit Diversitätsprogrammen sowie Kritik an der Lehrinhalte stehen im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen. In Florida wurde kürzlich ein Gesetz verabschiedet, das das Unterrichten von Inhalten verbietet, die Schüler und Studierende für gesellschaftliche Diskriminierung „schuldig“ fühlen lassen.

Trumps Ernennung von Linda McMahon zur Bildungsministerin, die bisher wenig zu den Bildungspolitiken Stellung genommen hat, sowie die Unterstützung von Personen wie Elon Musk für die antilibérale Bildungspolitik zeigen den Kurs, den die Regierung in Zukunft einschlagen könnte. Aber die Unsicherheiten, die sich aus den aktuellen Einreisebeschränkungen ergeben, könnten den internationalen Bildungssektor erheblich beeinflussen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Cambridge, USA
Quellen	• www.lvz.de • www.20min.ch • www.fr.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net